

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Wochentagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Postämtern 2 RM. Im Voraus, bei Lieferung durch die Bahn 1,50 RM., bei Bestellung durch den Postweg 2 RM., zuzüglich Steuer. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Postämtern 1 RM. Im Voraus, bei Lieferung durch die Bahn 75 Pf., bei Bestellung durch den Postweg 1 RM., zuzüglich Steuer. Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Abdruckpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Raumzeile im letzten Teile 1 Reichsmark. Nachdruckgebühr 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abdruck (persönlich) ist, wenn der Bezug durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Anzeigennehmer alle Verhältnisse gesondert anzugeben.

Nr. 265. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2649. Montag, den 14. November 1927

Der Schlussschritt.

In Italien hat man in gewaltigen Feiern des Tages gedacht, da vor fünf Jahren Mussolini mit seinen „Schwarzhemden“ den Marsch gen Rom unternahm und die Herrschaft der Liberalen mit dem Parlament über den Haufen taunte. Die fünf Jahre faschistischer Herrschaft in Italien bedeuten aber nicht bloß eine Festigung und einen Ausbau der Machtstellung Mussolinis und seiner Anhänger, sondern weit mehr als dies: eine völlige innere Umgestaltung des Staates und seiner Bürger. Erbarmungslos hat er jeden Gegner hinausgejagt, hat die Partei, die noch einen geringen Widerstand zu leisten versuchte, zerstückelt. Das Parlament, in dem seit der letzten sogenannten Wahl überhaupt nur Faschisten saßen, war Mussolinis gefälliges Werkzeug oder vielmehr es war überflüssig, war Abstimmungsmaschine. Und wenn er jetzt durch den Großrat der faschistischen Partei das Parlament auflösen ließ, so ist das nichts weiter als der Schlussschritt unter die fünfjährige Entwicklung.

Aber diese Maßnahme hat doch noch einen tieferen Sinn, wenn man sie vergleicht mit der Entwicklung, die die anderen europäischen Staaten genommen haben. England, Österreich-Ungarn, Deutschland wandelten sich von der Monarchie zur Republik, zur Demokratie also, in der jeder Staatsbürger als Mensch die gleiche Einwirkungsmöglichkeit auf die Zusammenfassung der Volksgewalt hat. Im härtesten Gegensatz zu dem demokratischen Gedanken, der den Menschen als Einzelpersonlichkeit wertet, steht der faschistische Gedanke, der den Menschen, auch den Staatsbürger, nur im Zusammenhang mit seinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bindungen wertet. Die Schärfe, mit der von dem Faschismus der Organisationsgedanke bis ins Letzte durchgeführt worden ist, ist seine Stärke, enthält freilich auch die Schwäche, nur dann wirken zu können, wenn der Führer da ist, und die weitere, das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen abzuschwächen. In allen anderen Ländern Europas erregt die demokratisch gewählte Volksvertretung immer größere Rechte, legt sie sich doch auch in Spanien, wo ihre Rechte hart verkrüppelt waren, allmählich wieder durch. In Italien herrscht allein die Führerpersönlichkeit; sie könnte aber nicht herrschen in der Art wie es geschieht, wenn nicht in den fünf Jahren des Faschismus ganz Italien, manchmal allerdings unter nicht unerheblichem Zwang, faschistisch geworden wäre. Deswegen leisten die Deutschen in Südtirol einen Widerstand, weil sie dieses italienische Denken nicht bloß nicht mitmachen können, sondern auch nicht mitmachen wollen. Denn Faschismus und Italien ist nach Ansicht Mussolinis bis zum letzten seiner Anhänger herab dasselbe.

Der Grundgedanke des Faschismus ist neben der Betonung des Nationalen, der angeblichen Sendung Italiens in der Welt, letzten Endes das Solidaritätsgefühl. Dieses liegt nicht bloß äußerlich den alle Lebensverhältnisse erfassenden und zusammenfassenden Organisationen zugrunde, sondern hat wenigstens äußerlich, in Italien auch den Gegensatz zwischen „Kapital und Arbeit“ überwunden. Aus ihm heraus ist es insolge dessen nur die letzte Forderung, wenn in dem vorgeschlagenen „Jahr der Vierhundert“ selbstverständlich nur Vertreter des Faschismus sitzen, die noch besonders hinsichtlich ihrer faschistischen Gesinnung auf Herz und Nieren geprüft werden. Die Betonung, daß nur das produktive Volk, das in den 13 Wirtschaftsorganisationen Italiens formlos zusammengefaßt ist, die Vertreter wählen darf, ist eine weitere Forderung aus jenem Grundgedanken, daß jeder, der sich, wie etwa in Südtirol, der Organisation fernhält, auch damit dieses letzten Bürgerrechts verlustig geht.

So hat sich in Italien eine Entwicklung vollzogen, die völlig entgegengekehrt ist der Entwicklung aller anderen Länder. Allerdings nicht in einem Punkte: das ist die Entwicklung seines starken Nationalgefühls. Die Vernachlässigung, die Italien nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte und, als es nun die Deute einzubezweigen galt, damals von den Verbündeten erfahren hat, der Kampf aller gegen alle, dazu bolschewistische Strömungen waren die Gründe, daß sich der Faschismus als Gegenwirkung gegen diese drei Erscheinungen durchsetzen vermochte. Das Entscheidende freilich dabei war die Persönlichkeit des Führers, und wenn er jetzt die letzten rein äußerlich gewordenen Hemmungen beseitigt, so hat damit der Faschismus innerlich sein Werk vollendet. Wie weit er insolge dessen gegenüber der anderweitigen europäischen Entwicklung zum führenden Element wird oder geworden ist, dafür haben sich einige Ansätze gezeigt und werden weitere Tatsachen nicht ausbleiben. Darüber, wie schwer diese Entwicklung unsere deutschen Volksgenossen in Südtirol getroffen hat, braucht es kein Wort mehr verloren zu werden und ist jedenfalls für uns Deutsche bei der Beurteilung des Faschismus überhaupt das Wichtigste. Auch die Blütenräume, die aus dem Triumph des Faschismus vor fünf Jahren hinsichtlich der italienischen Außenpolitik emporgesprossen sind, haben bisher so gut wie gar keine Früchte getragen. Jetzt, da der Faschismus innerlich zu

„Treue Freunde Oesterreichs“

Deutscher Ministerbesuch in Österreich

Marx und Stresemann reisen nach Wien. Reichskanzler Dr. Marx und Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatten in diesen Tagen der österreichischen Bundeshauptstadt Wien einen Besuch ab. Sie wiederholten hiermit einen Höflichkeitssakt, der ihnen schon einmal vor etwa dreieinhalb Jahren Veranlassung gegeben hat, den Regierungssitzen in der Donaufstadt ihre Aufmerksamkeit zu machen. Reichskanzler Dr. Marx hat dem Berliner Vertreter der „Neuen Freien Presse“ längere Erklärungen gegeben, in denen die Gründe für die jetzige Wiener Reise der beiden Minister dargelegt werden. Dr. Marx sagte: Der Reichsaußenminister und ich legen den größten Wert darauf, die persönlichen Beziehungen zwischen den deutschen und den österreichischen Staatsmännern fortzusetzen und lebendig zu erhalten. Unser Besuch ist eine Erwiderung des Besuchs, den der österreichische Bundeskanzler Ramek vor einiger Zeit in Berlin abgestattet hat. Große politische Auseinandersetzungen sind nicht beabsichtigt und werden während unseres Wiener Besuchs sicherlich nicht stattfinden. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann trifft, wenn er zur Völkervereinigung nach Genf fährt, dort regelmäßig drei- oder viermal im Jahre mit den Staatsmännern der Entente zusammen. Die Besprechungen mit ihnen gehören in Genf zu seinen wichtigsten Aufgaben und für andere Besprechungen bleibt wenig Zeit übrig. Es ist daher ganz natürlich, daß der deutsche Reichskanzler und der deutsche

Reichsaußenminister einmal eigens nach Wien reisen, um die Verbindung mit der eng befreundeten österreichischen Regierung aufrechtzuerhalten. Schon diese Erwägung müßte dazu führen, daß man an unserem Wiener Besuch nichts Auffallendes findet. Wahrscheinlich wird u. a. auch von dem Entwurf des neuen Strafrechts die Rede sein, das beiden Staaten gemeinsam sein soll.

Wir wollen, so schloß Dr. Marx, durch unsere Reise keine bestimmten politischen Zwecke erreichen, sondern kommen nach Wien als treue und aufrichtige Freunde des österreichischen Staates und Volkes.

„Willkommene Gäste.“

Die Wiener Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Besuch der beiden deutschen Staatsmänner. So schreibt das Organ der Christlich-Sozialen, „Die Reichspost“, unter der Überschrift „Willkommene Gäste aus Deutschland“ einen warmen Begrüßungsartikel, in dem das Blatt auch die Frage der deutsch-österreichischen Beziehungen und die Locarnopolitik berührt. Auch die „Neue Freie Presse“ verbindet einen Artikel zum Gedächtnis an Marx und Stresemann, durch deren Besuch die traditionelle tiefe Zusammenarbeit zwischen Österreich und dem Mutterlande gefördert werde.

Auch die Anschlussfrage spielt in den Begrüßungsartikeln eine Rolle; und in der Öffentlichkeit ist im Zusammenhang hiermit das Wort von der „Provinz des deutschen Herzens“ ausgetauscht, als die gern die österreichische Republik dem Deutschen Reich gesellen möchte.

einer seit geschlossenen Volkseinheit geworden ist und daher die Bezeichnung als Partei ihren Sinn verloren hat, wird die Gefahr eines Einbruchs dieser gesammelten Kraft nach außen hin allerdings allmählich größer.

Im Schatten der Neuwahlen.

Dr. Stresemann über politische Tagesfragen. In einer in Halle veranstalteten Versammlung der Deutschen Volkspartei sprach Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann hinsichtlich der Wirtschaftslage betonte Dr. Stresemann, daß wir trotz unserer augenblicklich durch eine gute Konjunktur günstigen Wirtschaftslage zu größerer Sparsamkeit gezwungen seien. Eine Heilseligkeit der Verwaltungen, wie sie das Deutsche Reich sowie die Länder und Gemeinden sich jetzt leisten, entspräche nicht unserer tatsächlichen finanziellen Lage. Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform müßten entscheidende Schritte getan werden. Man dürfe Länder, die die Absicht hätten, als Reichsländer in dem Reich aufzugehen, und nicht mit anderen Ländern sich verschmelzen wollen, daran nicht hindern. Hinsichtlich des Reichsschulgesetzes führte Dr. Stresemann aus, daß die Deutsche Volkspartei gegenüber diesem Gesetz durchaus positiv eingestellt sei, aber nichts würde weniger auf sie als die ausgesprochene Drohung, daß mit dem Nichtzustandekommen des Reichsschulgesetzes auch die Koalition fielen. Denn einmal sei in dieser Frage kein Kompromiß wie bei wirtschaftlichen Dingen vorgeschrieben und weiter habe es die Deutsche Volkspartei nicht vergessen, daß dieser Koalition die Deutsche Volkspartei nicht die Lehrende, sondern die Gebende gewesen ist.

Ein besonderes Kapitel seiner Rede widmete Dr. Stresemann der Lage der Landwirtschaft, die im Gegensatz zu unserer gegenwärtig günstigen industriellen Lage mit Verlust arbeitet, und deren Situation durch ihre starke Verschuldung besonders unerfreulich sei. Gerade weil wir die Kaufkraft und die Produktion der Landwirtschaft dringend benötigen, ist es Pflicht, auf sie Rücksicht zu nehmen bei denjenigen Handelsvertragsverhandlungen, bei denen wir in der schwereren Lage sind, für unseren Export die erforderlichen Möglichkeiten zu schaffen, zumal wir nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern die Steigerung des Exports brauchen und dabei gegen die Absperrungspositionen anderer Länder zu kämpfen haben. Es komme vor allem darauf an, auf landwirtschaftlichem Gebiete dafür zu sorgen, daß unsere Produktion eine steigende wird und daß auch die starken Persönlichkeitswerte, die in einer bodenständigen Landwirtschaft wurzeln, erhalten bleiben.

Dr. Stresemann richtete zum Schluß seiner Darlegungen an seine Parteifreunde die Mahnung, sich darauf einzurichten, daß man nicht unbedingt mit einem normalen Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode des Reichstages rechnen könne. Der Wahlkampf werfe seine Schatten voraus. Er lehne es ab, heute schon eine Wahlparole auszugeben, da nicht die Wahlparole des Tages entscheidend sein werde, sondern der Erfolg der seit der Umwälzung geleisteten sachlichen Arbeit.

Wahlen des Sonntags.

Landtagswahlen in Hessen.

Das ist die 13. November. In Hessen fanden gestern die Landtagswahlen statt. Sie zeigten folgendes amtliche Ergebnis: Sozialdemokraten 157 289 (220 108), Zentrum 85 448 (100 304), Demokraten 37 750 (53 301), Landbund 61 087 (82 742), Deutschnationalen 24 013 (43 717), Kommunisten 41 160 (33 689), Deutsche Volkspartei 51 638 (73 930), Volksrechtspartei 24 166 (0). Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 482 531, die Wahlbeteiligung 50 bis 52 Prozent.

Bremer Bürgerschaftswahlen.

Bremen, 13. November. Nach dem amtlichen Wahlergebnis setzt sich die neue Bremer Bürgerschaft folgendermaßen zusammen: Sozialdemokraten 41 Sitze (37), Einheitsliste 29 Sitze (33), Demokraten 10 Sitze (12), Kommunisten 10 Sitze (9), Haus- und Grundbesitzer 9 Sitze (8), Zentrum 2 Sitze (2), Heim und Scholle (1), Volksrechtspartei 0 Sitze (0).

Niederlage der Polen in Danzig.

Danzig, 14. November. Am 12. Uhr nachts betrug das vorläufige Gesamtergebnis der Volkstagswahlen in Danzig: Sozialdemokratische Partei 56 613 (39 628), Deutschnationalen 33 406 (44 581), Zentrum: 23 251 (200 942), Kommunisten 10 940 (14 901), Nationalliberale Bürgerpartei 7588 (0), Deutsch-Danziger Vp. (Gruppe Blavier) 7393 (7411), Deutschliberale Partei 5665 (11 006), Polen 4990 (7189). Es ist ein bedeutender Rückgang in den polnischen Stimmen zu verzeichnen.

„D. 1220“ beim Start unglücklich.

Die Maschine schwer beschädigt. Das Heinkel-Flugzeug „D. 1220“ war, nach einer Meldung aus Horta, am Sonntag früh gestürzt. Nach dreimaligem Anlauf überstieg sich das Flugzeug beim Springen über eine Dünnung, wobei die Maschine schwer beschädigt wurde. Das Flugzeug wurde wieder eingeklappt und im Hafen an der Boje festgemacht. Die Besatzung ist unverletzt.

Zum Unglück des Flugzeuges D. 1220.

Horta, 13. November. Wie ergänzend aus Horta gemeldet wird, erfolgte der unglückliche Start des D. 1220 bei Nordlicht und Südwind. In dem Augenblick, als das Flugzeug sich vom Wasser hob, wurde der Vergünsten an der rechten Tragfläche von einer Welle erfasst, wodurch das Flugzeug sich überdrehte. Die Besatzung wurde durch ein sofort bereitgehaltenes Motorboot gerettet. Das Flugzeug ist völlig flugunfähig. Das Flugzeug D. 1220, das ebenfalls Startvorbereitungen machte, hat deshalb den Abflug verschoben.

„Kein Grund zum Pessimismus.“

Mainzer Rede des Reichsjustizministers. In einer Wahlversammlung zu Mainz führte Reichsjustizminister Hertig aus, es sei charakteristisch, wie hart bei allen Besprechungen über die Reichspolitik im Ausland wie im Inlande gerade an das Verhalten der Deutschnatio-